

Tabak-Arbeiter

Nr. 48 / Bremen, den 29. November 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 M ohne Fringerlohn. — Anzeigenpreis 50 M für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hülmg. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeibt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 6346 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hülmg, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Wejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Vom Reichsrat zum Reichstag

Am 20. November haben die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates in dritter Lesung zur Tabaksteuervorlage der Reichsregierung Stellung genommen. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist ein Kompromiß, wonach der in der Regierungsvorlage beantragte Tabakzoll, der jetzt 80 M beträgt, von 250 auf 200 M für den Doppelzentner herabgesetzt werden soll. Die Banderolenteuer soll nach diesem Kompromiß betragen: für Zigarren 23 v. H. (bisher 20 v. H.), für Zigaretten 38 v. H. (bisher 33 v. H.), für Grobschnitt und steuerbegünstigten Feinschnitt 35 v. H. (bisher 33 v. H.) und für Feinschnitt 50 v. H. (bisher 60 v. H.) des Kleinverkaufspreises. Außerdem ist die Materialsteuer für Zigaretten- und Zigarettenfabrikation, die bisher 500 M für den Doppelzentner betragen hat und nach der Regierungsvorlage 350 M betragen sollte, auf 450 M festgesetzt worden. Mit diesen Änderungen wurde die Regierungsvorlage, die am 1. Januar 1931 in Kraft treten soll, gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen von den vereinigten Ausschüssen angenommen. Die Regierung hat sich mit diesen Beschlüssen einverstanden erklärt, wobei der Reichsminister der Finanzen mitteilte, daß die Tabakbelastung jetzt schätzungsweise 1,4 bis 1,5 Milliarden Mark im Jahr erbringen werde. Die Regierung halte damit die Tabaksteuerfrage endgültig erledigt, da ein Monopol nach ihrer Meinung auch keine höheren Einnahmen bringen werde.

In der am gleichen Tage abgehaltenen Vollsitzung des Reichsrates bedauerte der Vertreter Sachsens die im Ausschuss beschlossenen Änderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie bedeuteten. Sachsen könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Der Vertreter Bremens gab folgende Erklärung ab:

Der von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes hat im Verlaufe der Beratungen Abänderungen erfahren, welche eine Minderung der der Tabakindustrie drohenden wirtschaftlichen Gefahren anstreben. Das Tabaksteuergesetz wird jedoch auch in der von den Reichsratsausschüssen im Einvernehmen mit der Reichsregierung beschlossenen Fassung die Grundlage des deutschen Tabakgewerbes aufs schwerste erschüttern und zahlreiche Unternehmer, Angestellte und Arbeiter ihrer wirtschaftlichen Existenz berauben. Der deutsche Tabakimporthandel, durch Krieg und Inflation in seiner Kapitalkraft geschwächt, wird gegenüber dem ausländischen Handel weitere schwere Einbuße erleiden. Der Senat von Bremen ist der Ueberzeugung, daß die in Aussicht genommenen Tabakzoll- und Steuererhöhungen trotz ernster Würdigung der Notlage des Reiches nicht zu verantworten sind und lehnt daher die Tabaksteuervorlage ab.

Die Vorlage selbst wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen.

Mit diesen Beschlüssen des Reichsrates wird sich nunmehr der Reichstag, dessen Plenum am 3. Dezember zusammentritt, zu beschäftigen haben. Mit welchem Ergebnis die Beratungen des Reichstages abschließen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß die Parteien, die in der Regierung vertreten sind, für, und die Oppositionsparteien (Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten) gegen die Mehrbelastung des Tabaks stimmen werden. Letztere aber auch nicht deshalb, weil sie grundsätzliche Gegner jeder Art von Belastung des Tabaks sind. Mit Ausnahme der Kommunisten und der Nationalsozialisten haben schon alle Parteien, wenn die politische Situation es ihnen geraten erscheinen ließ, für Tabakzölle und -steuern gestimmt. Und wo die Kommunisten das Heft in der Hand haben, wie in Rußland, oder die Faschisten, wie in Italien, müssen Tabak und Tabakerzeugnisse auch ihr gut Teil

zur Füllung des Staatsäckels mit beitragen. Es gibt also keine grundsätzlichen Gegner der Tabakbelastung, vielmehr wird die Haltung der einzelnen Parteien in dieser Frage fast immer von politischen Erwägungen bestimmt.

Aber auch wenn sich im Reichstag keine Mehrheit für die nach den Reichsratsbeschlüssen abgeänderte Regierungsvorlage finden sollte, darf man leider noch nicht damit rechnen, daß die Gefahr für diesmal endgültig vorüber wäre. Eher ist anzunehmen, daß die Reichsregierung die Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakerzeugnisse dann durch eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung dekretieren wird. Damit kann und soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß es fernerhin keinen Sinn und Zweck mehr hätte, das drohende Unheil abzuwehren und daß die Tabakarbeiterschaft nun alles weitere stillschweigend über sich ergehen lassen müßte. Im Gegenteil: Nach wie vor muß alles getan werden, um die Reichstagsabgeordneten aller Parteien über die verderblichen Auswirkungen der beantragten Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakerzeugnisse aufzuklären, damit sie die Beschlüsse des Reichsrates nicht zu den ihrigen machen.

Wenn auch zugegeben werden kann, daß die Reichsregierung von ihren ursprünglichen, geradezu ungeheuerlichen Absichten manches hat aufgeben müssen, so steht doch ohne weiteres fest, daß auch die vom Reichsrat beschlossene Erhöhung des Tabakzollens und der Banderolenteuer den allerhöchsten Widerspruch herausfordern muß, und für die Tabakarbeiterschaft untragbar und unannehmbar ist. Schon jetzt sind Tabak und Tabakerzeugnisse so stark mit Zöllen und Steuern bepackt, daß jede weitere Belastung zu unabsehbaren Folgen für das Tabakgewerbe im allgemeinen und für die Tabakarbeiterschaft im besonderen führen muß. Dazu kommt, daß der Reichsrat der ursprünglichen Regierungsvorlage nur sehr wenig von ihrem ursprünglichen Charakter genommen hat. Nach wie vor sollen die Tabakerzeugnisse in den unteren Preislagen durch den Gewichtszoll und die ungestaffelte Banderolenteuer am stärksten belastet werden. Auch der Reichsrat schlägt eine Zollerhöhung vor, die weit über das hinausgeht, was selbst der Geschäftsführer des interessierten Deutschen Tabakbauverbandes, Herr Weisner in Karlsruhe, als ausreichend und vernunftgemäß bezeichnet hat. Geblieben sind ferner die Tabaksteuerläger für Zigarren und die Ungerechtigkeit, den Unternehmern einen Unterstützungsanspruch auf die Dauer von zwei Jahren und den Arbeitern und Angestellten nur einen solchen von einem Jahre zuzusprechen. Unverständlich ist außerdem, daß mit der Unterstützung der Arbeiter und Angestellten auch die Arbeitslosenversicherung belastet werden soll, während das Reich die Entschädigungen für die Unternehmer allein tragen will.

Im übrigen ist wohl die Frage berechtigt, warum man nicht den von der Funktioniärkonferenz des Deutschen Tabakarbeiterverbandes im Dezember vorigen Jahres gezeigten Weg, nämlich die Einführung eines Zigarettenmonopols, beschritten hat, wenn Tabak und Tabakerzeugnisse unter allen Umständen Mehreinnahmen bringen sollten. Für die Tabakarbeiterschaft sowohl wie auch für die Verbraucher wäre das sicher noch am erträglichsten gewesen. Aber der Reichsrat hat es anders gewollt. Und der Reichstag?

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu dem vom Tabakgewerbe geführten Abwehrkampf. Vorher ist schon gesagt worden, daß die Reichsregierung von ihren ursprünglichen Plänen manches hat fallen lassen müssen. Nicht zuletzt ist das auf die zahlreichen Protestkundgebungen aller Schichten des Tabakgewerbes zurückzuführen, die auch das Eingreifen einzelner

Länderregierungen verursacht haben. Aber wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß der Abwehrkampf noch viel eindrucksvoller und erfolgreicher hätte sein können, wenn nicht verschiedene Unternehmergruppen der Tabakindustrie den allergrößten Wert auf die nach ihrer Meinung richtige Relation gelegt hätten. Manchmal hatte es den Anschein, als wenn es nur darauf ankomme, der Konkurrenz alles aufzubürden und nicht, jede Mehrbelastung abzuwehren. Und dann die Vorverforgung! Es ist geradezu unverantwortlich, was einzelne Firmen auf diesem Gebiete geleistet haben und noch jetzt leisten. Nicht nur, daß dadurch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit später ins Unermessliche steigen muß; alle Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften müssen durch ein solches Gebaren zu der Ueberzeugung kommen, daß das Tabakgewerbe sich mit der geplanten Mehrbelastung bereits abgefunden habe und sich nun dementsprechend einrichte. Gegen die Egoisten, die ihre augenblicklichen Profitinteressen dem Existenzkampf des Tabakgewerbes überordnen, muß mit aller Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird deshalb auch, wie wir bereits angekündigt haben, seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit die dem Reichsfinanzminister zugeordnete Ermächtigung, die Tabakerzeugnisse nachzuversteuern, zu einer zwingenden Verpflichtung wird, wenn eine Zoll- bzw. Steuererhöhung nicht zu vermeiden sein sollte. Wir werden uns außerdem mit aller Entschiedenheit gegen Versuche wenden, die gesetzlichen Stilllegungsbestimmungen für die Tabakindustriellen außer Kraft zu setzen, zu mildern oder zu umgehen. Den Vorverforgern muß ein Denkkzettel verabsolgt werden, daß ihnen die Lust zu einer Wiederholung ihres verderblichen Tuns ein für allemal vergeht.

Ergänzend teilen wir dann noch mit, daß unsere Kollegen und Genossen Christange (Eisleben), Eberle (Görlitz), Helfenberger (Hemelingen), Michel (Minden) und Kleinspehn (Nordhausen) im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht haben, worin unter Hinweis auf die von der Reichsregierung in Aussicht genommene enorme Zoll- und Steuererhöhung für Tabak und Tabakerzeugnisse gefragt wird, ob das Preussische Staatsministerium bereit ist

1. dahin zu wirken, daß diese erneute schwerste Belastung der Tabakindustrie abgewehrt wird,
2. wenn auf Grund der schweren Finanzlage des Reiches eine Zollerhöhung nicht zu vermeiden ist, dahin zu wirken, daß eine wesentliche Ermäßigung der vorgeschlagenen Sätze stattfindet,
3. im Hinblick auf die zu erwartende große Arbeitslosigkeit (der ohnehin wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Tabakarbeiter) dahin zu wirken, daß den brotlos gemachten Arbeitern (auch den Kurzarbeitern) eine zum Lebensunterhalt wirklich ausreichende Unterstützung gewährleistet wird?

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages wird sich am

3. Dezember mit der Tabaksteuervorlage beschäftigen.

Erklärung

In der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vom 18. Nov. 1930 wird eine „Offene Anfrage an die Sozialdemokratische Partei seitens der Arbeitnehmer der unterzeichneten bremischen Tabak- und Zigarrenfabriken“ veröffentlicht, worin nur an die Sozialdemokratische Partei, nicht aber auch an die anderen Parteien, die Frage gerichtet wird, welche Stellung sie zu der geplanten Zoll- und Bänderolsteuererhöhung einnimmt. Diese „Offene Anfrage“ trägt die Unterschrift der Betriebsräte von 10 bremischen Zigarren- und Tabakfabriken, darunter auch solchen, die in Bremen überhaupt keine Tabakerzeugnisse herstellen lassen, oder infolge der geringen Arbeiterzahl in Bremen keinen Arbeiterrat haben. Von den Arbeiterräten der übrigen in Bremen in Betracht kommenden Betriebe sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß sie die „Offene Anfrage“ (die ihnen zur Unterschrift gar nicht vorgelegt wurde) weder unterschrieben haben noch billigen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der bremischen Tabak- und Zigarrenfabriken sehen ihre Interessenvertretung nur im Deutschen Tabakarbeiter-Verband und lehnen es ab, sich von parteipolitischen Drahtziehern zu sehr durchsichtigen Zwecken mißbrauchen zu lassen.

Für die Richtigkeit des oben Erwähnten:

H. Sarjes, Arbeiterratsvorsitzender der Firma
M. Brinkmann AG.

Jos. Feldhoff, Arbeiterratsvorsitzender der Firma
C. F. Vogelfang

Richard Henke für den Arbeiterrat der Firma
Aug. Reiner & Co.

Die Tabaksteuer

„Der Tabak soll bluten“ hast du's gelesen? Kollege, so ist es schon immer gewesen. So war's schon zu Kaiser Wilhelms Zeit, und so wird es bleiben in Ewigkeit.

Da schreibt man von einer Senkung der Preise, doch nebenbei wird ganz still und leise noch tüchtig was auf den Tabak geknallt, — hier macht man mit dem Preisabbau halt.

Ein Loch im Reichshaushalt? So ein Finanzminister weiß sich zu helfen schon, Kollegen, wißt ihr wenn er zu Ende ist mit sei'm Latein, fällt ihm bestimmt die Tabaksteuer ein.

So aber geht es schon seit vielen Jahren, wir haben es ja oft genug erfahren; es scheint, als ob eine Industrie man will vernichten und weißt nicht, wie.

„Der Tabak soll bluten!“ Er kann's noch tragen. Kollegen, euch braucht man ja nicht zu fragen, ob ihr es auch noch tragen könnt, das weiß man nicht im Parlament.

Fritz B o l e t e (Bad Pyrmont-Holzhausen).

Betriebsrätewahl bei der Danziger Tabakmonopol A.-G.

Am 17., 18. und 20. November wurden bei der Danziger Tabakmonopol A.-G. die Betriebsvertretungen gewählt. Zu wählen waren sieben Betriebsratsmitglieder und zwei Ergänzungsmitglieder. Das Ergebnis war ein voller Erfolg der freigewerkschaftlichen Richtung, entfielen doch auf die Liste des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes von den sieben Mandaten sechs und zwei Ergänzungsmitglieder, und auf die Liste des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter ein Mandat.

Die übergroße Mehrheit der Tabakarbeiterschaft in Danzig hat längst erkannt, daß jede Zersplitterung schädlich ist, und daß es in wirtschaftlichen Fragen allein auf eine geschlossene und starke Organisation ankommt, ohne Rücksicht auf die politische und konfessionelle Einstellung des einzelnen.

Betriebsratswahlen in den österreichischen Tabakfabriken

Nach Durchführung der noch ausstehenden Wahlen am 5. November wurden die diesjährigen Betriebsratswahlen bei der Oesterreichischen Tabakregie abgeschlossen. Das Gesamtergebnis ist für die freie Gewerkschaft ein vollauf befriedigendes. Trotz der verschiedenen Hinterhältigkeiten und gemeinen Verdächtigungen in Flugblättern konnte die freie Gewerkschaft ihre Position behaupten, ja sogar noch ein Mandat gewinnen. Insgesamt wurden abgegeben: Gültige Stimmen 7282, davon Freie Gewerkschaft 5351, Christliche 1786 und Unabhängige 104. Unser Bruderverband hat also genau so wie im Vorjahre 74 v. H. der gesamten Stimmen erhalten, das sind fast drei Viertel, die Christlichen 24,5 v. H. und die Unabhängigen 1,5 v. H. Die Mandatsverteilung ist folgende: Zentralverband 91, Christliche 24 und Unabhängige 1. Der Zentralverband besitzt also 78 v. H. der gesamten Mandate, die Christlichsozialen 20,7 v. H. und die Unabhängige Gewerkschaft 1,3 v. H. Der neue Zentralbetriebsrat wird wieder aus 14 Mitgliedern der freien Gewerkschaft und aus 2 Christlichen bestehen.

Billige böhmische Bettfedern!

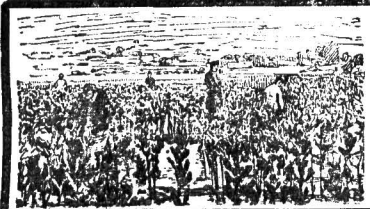


Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M, Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gummiwaren Hygien Artikel Preis. T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68. Alte Jacobsstraße 8

Gebt ausgelesene
„Tabak-Arbeiter“
an unorganisierte Kollegen
und Kolleginnen weiter!



Tabakgewerbe



Die Tabaksteuer im 2. Viertel des Rechnungsjahres 1930

Nachweisung über den Steuerwert der im 2. Viertel des Rechnungsjahres 1930 (1. Juli bis 30. September) gegen Entgelt verausgabten Tabaksteuerzeichen und der aus dem Steuerwert berechneten Menge der Erzeugnisse.

Zigarren			
Kleinverkaufspreis für das Stück <i>RM</i>	Steuerwert in Reichsmark	Berechnete Menge der Erzeugnisse 1000 Stück	v. S.
bis zu 2	454	114	0,0
zu 3	16 702	2 784	0,2
zu 4	50 000	6 250	0,4
zu 5	1 175 706	117 571	6,9
zu 6	1 580 942	131 745	7,8
zu 7	375 895	26 850	1,6
zu 8	1 487 706	92 982	5,5
zu 9	97 608	5 423	0,3
zu 10	10 742 393	537 120	31,6
zu 11	48 261	2 194	0,1
zu 12	1 475 451	61 477	3,6
zu 13	146 680	5 642	0,3
zu 14	42 160	1 506	0,1
zu 15	11 996 008	399 867	23,6
zu 16	115 950	3 623	0,2
zu 17	82 480	2 426	0,1
zu 18	110 450	3 068	0,2
zu 19	5 675	149	0,0
zu 20	8 022 640	200 566	11,8
zu 22	53 592	1 218	0,1
zu 25	2 492 053	49 841	2,9
zu 30	1 937 327	32 289	1,9
zu 35	84 499	1 207	0,1
zu 40	603 425	7 543	0,4
zu 45	10 383	115	0,0
zu 50	260 083	2 601	0,2
von über 50	190 321	1 188	0,1
	43 204 844	1 697 359	100,0

Kautabak			
bis zu	Steuerwert	Berechnete Menge	v. S.
zu 6	2 023	674	1,2
zu 10	1 260	252	0,4
zu 12	4 431	739	1,3
zu 15	196 676	26 223	45,4
zu 20	282 039	28 204	48,8
zu 25	9 385	751	1,3
von über 25	13 905	907	1,6
	509 719	57 750	100,0

Zigaretten			
bis zu	Steuerwert	Berechnete Menge	v. S.
zu 2	224 820	34 064	0,4
zu 2½	122 438	14 841	0,2
zu 3	1 603 467	161 966	2,0
zu 4	27 237 011	2 063 410	25,4
zu 5	74 276 831	4 501 626	55,5
zu 6	24 344 188	1 229 504	15,2
zu 7	21 868	947	0,0
zu 8	2 143 546	81 195	1,0
zu 10	692 739	20 992	0,3
zu 12	23 612	596	0,0
zu 15	28 255	571	0,0
von über 15	18 142	188	0,0
	130 736 917	8 109 900	100,0

Zigarettenhüllen			
Steuerwert in Reichsmark	Berechnete Menge der Erzeugnisse		
971 552	380 459		

An Zigaretten tabak sind im 2. Viertel des Rechnungsjahres 9 206 482 Kilo in die Herstellungsbetriebe verbracht worden.

Feingeschnittener Rauchtabak

Kleinverkaufspreis für das Kilogramm <i>RM</i>	Steuerwert in Reichsmark	Berechnete Menge der Erzeugnisse Kilogramm	v. S.
bis zu 6	2 172	603	4,8
zu 8	7 704	1 605	12,8
zu 10	3 448	575	4,6
zu 12	2 598	361	2,9
zu 14	20 418	2 431	19,5
zu 16	3 691	384	3,1
zu 18	445	41	0,3
zu 20	24 016	2 001	16,0
zu 22	686	52	0,4
zu 24	18 786	1 305	10,4
zu 26 u. 28	1 455	93	0,8
zu 30	33 099	1 839	14,7
zu 32—40	20 115	870	7,0
zu 42—50	4 244	150	1,2
von über 50	13 290	191	1,5
	156 167	12 501	100,0

Pfeifentabak

bis zu 3	804 919	819 654	9,3
zu 4	795 829	602 901	6,8
zu 5	1 197 255	725 609	8,2
zu 6	1 892 051	955 581	10,9
zu 7	418 486	181 163	2,1
zu 8	8 617 158	3 264 075	37,1
zu 9	710 354	242 207	2,8
zu 10	4 584 281	1 389 176	15,8
zu 11	140 662	38 750	0,4
zu 12	1 652 468	417 290	4,7
von über 12	894 008	167 375	1,9
	21 716 471	8 803 781	100,0

Schnupftabak

bis zu 1	—	—	—
von über 1—2	266	1 330	0,2
von über 2—3	6 608	22 027	4,2
von über 3—4	71 565	178 913	34,0
von über 4—5	19 924	39 848	7,6
von über 5—6	25 727	42 878	8,2
von über 6—7	108 891	155 559	29,6
von über 7—8	32 297	40 371	7,7
von über 8—9	10 012	11 124	2,1
von über 9—10	23 060	23 060	4,4
von über 10	12 792	10 411	2,0
	311 142	525 521	100,0

Der Steuerwert aller im 2. Viertel des Rechnungsjahres 1930 verkauften Tabaksteuerzeichen beträgt 197 606 812 Reichsmark.

Bekanntmachungen

Am 29. November ist der 48. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 14. November. Heidenheim 200.—.
 - 15. Lauffen 200.—, Frankfurt a. M. 55.—, Gailingen 34.—, Geringswalde 200.—, Würzburg 200.—, Lobenstein 400.—, Maitenfels 50.—.
 - 17. Danzig 175.—, Waldorf 300.—, Nordhausen 1000.—, Treffurt 1000.—, Peiferwitz 189.—.
 - 18. Karlsruhe 50.—, Leipzig 1000.—, Schöneck 750.—, Altlußheim 340.—, Dresden 2000.—, Wintersdorf 500.—.
 - 19. Heidenheim 200.—.
 - 20. Lobenstein 724.33, Hohenheim 500.—, Kirrlach 100.—, Lahr 300.—, Untergruppenbach 50.—, Salzgungen 200.—.
 - 21. Trier 700.—, Berlin 4000.—.
 - 22. Breslau 400.—, Gießen 300.—.
- Bremen, den 24. November 1930.

J. Krohn.

Briefkasten. Wegen Raummangel mußten wir mehrere Versammlungsberichte zurückstellen. Die Redaktion.

Protestkundgebungen

Süddeutschland

Sehr stark besuchte, zum Teil überfüllte Protestversammlungen der Tabakarbeiterchaft gegen die neue Tabaksteuervorlage fanden in der Zeit vom 11. bis zum 20. November in Baiertal, Destringen, Weimen, Kirrlach, Hambrücken, Mannheim und Kircharb in Baden, sowie in Lampertheim und Lorsch in Hessen statt. Gauleiter Kollege Schomburg (Heidelberg) hatte das Referat übernommen. Klar zeichnete er die Gefahren auf, die sich für die Tabakarbeiterchaft ergeben würden, wenn die Vorlage der Reichsregierung Gesetzeskraft erlangen sollte. Außerst gutbesuchte Protestkundgebungen fanden auch statt in den Zahlstellen Bickenbach, Karlsruhe, Philippsburg, Landshut, Regensburg, Bamberg, Heilbronn, Baden-Baden, Maiefels, Würzburg, Brud, Unsbach und Untergruppenbach. Hier hatte Gauleiter Kollege Klein (Heidelberg) das Referat übernommen. Die Tagesordnung in fast allen Versammlungen lautete: „Der Raubzug der Regierung auf die Tabakindustrie und die Folgen für die Tabakarbeiterchaft“. Redner setzten eingehend die früher gemachten Erfahrungen bei Tabaksteuererhöhungen auseinander und betonte, daß all die traurigen Erfahrungen als ein Kinderpiel betrachtet werden müßten, gegenüber den Nachwirkungen der jetzigen Tabaksteuervorlage. Da ein vollständiger Zusammenbruch der Tabakindustrie eintreten würde, könnte das Vorgehen der Regierung nicht anders bezeichnet werden als ein Raubzug auf die Tabakindustrie. Da es sich also um einen Existenzkampf aller an der Tabakindustrie Beteiligten handelt, darf keiner dieser Protestbewegung fernstehen. Für die Arbeiterchaft kann es auch nicht allein mit der Protestbewegung getan sein. Unerlässliche Pflicht ist es, wenn auch in Zukunft alle Arbeiterbelange mit Erfolg vertreten werden sollen, sich sofort der gewerkschaftlichen Organisation, das ist für alle Tabakarbeiter der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, anzuschließen. Wenn alle Berufsge nossen mit Mut, Opferwilligkeit und Eintracht in vorstehendem Sinne mithelfen, dann wird auch unsere Lohn- und Tarifpolitik zur Zufriedenheit aller Tabakarbeiter ausfallen. Also auf zum Kampf für diese Ideale! Die einkehenden Diskussionen waren vom Ernst der Zeit getragen. Man gelobte, die äußersten Kräfteanstrengungen zu entfalten, um das Unheil der Tabaksteuererhöhung abzuwehren.

Der einmütige Abwehrwille der Tabakarbeiter kam in allen Versammlungen dadurch zum Ausdruck, daß eine Entschließung einstimmige Annahme fand, die sich mit der Entschließung der Funktionärkonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am 9. November deckt. Zum Schluß dieser Entschließung richteten die Versammelten an alle verantwortlichen Körperschaften und Personen das dringende Ersuchen, durch Ablehnung der Tabaksteuervorlage das drohende Unheil von der Tabakarbeiterchaft abzuwehren.

Eine entsprechende Entschließung ist allen süddeutschen Regierungen von den einzelnen Orten übermittelt worden, nachdem die Gauleitung schon vorher entsprechende Maßnahmen telegraphisch und schriftlich unternommen hatte. In den meisten Orten ist auch auf den Bürgermeister und die Gemeinderäte eingewirkt worden, um dem Protest noch einen besonderen Nachdruck zu verschaffen.

Provinz und Freistaat Sachsen

In einer sehr stark besuchten Versammlung in Oschersleben sprach am 17. November Kollege Kiel (Bremen) über die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks durch Zölle und Steuern. In diesem Ort werden bei einer Firma hauptsächlich Zigarillos mit der Maschine hergestellt, die sich in unteren Preislagen bewegen; die Kolleginnen und Kollegen waren in den letzten Jahren voll beschäftigt, es wurden sogar immer neue Arbeitskräfte eingestellt und beträgt die Gesamtzahl der Beschäftigten gegenwärtig 500. Durch die höchst unsoziale Auswirkung der in Aussicht stehenden Zoll- und Steuererhöhung, insbesondere für die unteren Preislagen, rechnet man mit einem Rückgang der Produktion um die Hälfte. In Anbetracht dieser trüben Aussichten protestierten in dieser Versammlung außer der Tabakarbeiterchaft auch die Angestellten der Firma Hauer. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß alles versucht werden müsse, um das drohende Unheil von den Arbeitern und Angestellten des Tabakgewerbes abzuwenden. Die Versammlung hatte noch den Erfolg, daß eine Anzahl Unorganisierte ihren Beitritt zum Verband vollzogen.

In Magdeburg hatte die Zahlstellenverwaltung unseres Verbandes am 18. November eine öffentliche Protestversammlung einberufen. Die Mitglieder der Zahlstelle waren reslos erschienen, außerdem nahmen an dieser Versammlung Angestellte des Tabakgewerbes, sowie Fabrikanten und Händler teil. Kollege Kiel (Bremen) referierte über die Tabakzoll- und Steuervorlage, welche durch die Regierung dem Reichsrat zugestellt wurde. In der Diskussion versuchte der Kollege Henkel die Sozialdemokratische Partei und den Deutschen Tabakarbeiter-Verband für die Mehrbelastung des Tabaks verantwortlich zu machen. Die Ausführungen wurden vom Kollegen Kiel treffend widerlegt. Am Schluß der Versammlung konnte der 1. Bevollmächtigte Kollege Lüdge als Ergebnis der Protestversammlung feststellen, daß sie der Entschließung, welche in der Funktionärkonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am 9. November in Bremen angenommen wurde, zustimmen.

Die am 19. November in Halle abgehaltene Protestversammlung gegen die geplante Zoll- und Steuererhöhung auf Tabak und Tabakfabrikate, war von unseren Mitgliedern sehr zahlreich besucht. Kollege

Kiel (Bremen), der das Referat übernommen hatte, zog in seinen Ausführungen Vergleiche mit der jetzigen Belastung des Tabaks durch Zölle und Steuern und der in Aussicht stehenden Mehrbelastung. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher der Unwille über die katastrophalen Auswirkungen zum Ausdruck kommt und wonach jede Mehrbelastung für Tabak und Tabakerzeugnisse abgelehnt wird. Die Versammlung ließ aber auch keinen Zweifel darüber aufkommen, wenn das Schlimmste nicht verhütet werden kann, daß das Reich die Verpflichtung habe, durch ausreichende Unterstützung aus Reichsmitteln für die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu sorgen.

Die Mitglieder der Zahlstelle Leipzig nahmen am 20. November in einer Versammlung im Volkshaus zu der Regierungsvorlage über die Zoll- und Steuererhöhung auf Tabak und Tabakfabrikate Stellung. Der Referent, Kollege Kiel (Bremen), behandelte in ausführlicher Weise die zoll- und steuerpolitischen Fragen und ihre Auswirkungen für die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in der Vergangenheit, und erläuterte die von der Reichsregierung dem Reichsrat unterbreitete neue Vorlage. Die Nachwirkungen, die in bezug auf Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Tabakarbeiterchaft eintreten werden, sind noch gar nicht voraussehen, es ist aber sicher damit zu rechnen, daß sie katastrophal werden. In der sehr ausgiebigen Aussprache wurde mit aller Deutlichkeit und Schärfe das Ansinnen der Reichsregierung abgelehnt. Der Leiter der Versammlung, Kollege Kelsche, faßte das Ergebnis der Aussprache und die Meinung der Versammlung dahingehend zusammen, daß sie die vom Verbandsvorstand eingeleiteten Schritte gut heißt.

Reslos waren die Mitglieder der Zahlstelle Leisnig dem Rufe der Verwaltung gefolgt, indem sie sich am 21. November zu einer Protestversammlung gegen die unverantwortliche Mehrbelastung durch Zölle und Steuern auf Tabak und Tabakfabrikate zusammengefunden hatten. Mit großem Interesse lauschte die Versammlung den Ausführungen des Kollegen Kiel (Bremen), welcher diese Fragen in sehr ausführlicher Weise behandelte. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Popka konnte am Schluß der Versammlung feststellen, daß dieselbe mit den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in dieser Frage einverstanden war. Die Ausführungen eines Diskussionsredners, welcher die Sozialdemokratische Partei angriff, verpufften völlig und fanden nicht den geringsten Anklang.

Eine von großem Ernst getragene öffentliche Protestversammlung in Hartha beschäftigte sich mit der brennenden Frage der in Aussicht stehenden Tabakzoll- und Steuererhöhung. Kollege Kiel (Bremen) hatte das einleitende Referat übernommen. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Reimer untertrich die Ausführungen des Referenten und betonte, daß sich für Hartha, wo sich nur Kleinfabrikanten befinden, eine trostlose Perspektive eröffnet, wenn die in der 3. Lesung vom Reichsrat angenommene Regierungsvorlage zum Gesetz erhoben würde. Die Versammlung machte sich die Entschließung der Funktionärkonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes vom 9. November in Bremen zu eigen und beauftragt den Verbandsvorstand, in diesem Sinne weiter zu wirken.

Schlesien

Am 18. November fand im Schützenhaus in Oppeln eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher der Gauleiter Kollege Langner aus Breslau über die Gefahren der geplanten Tabaksteuererhöhung im besonderen auch für die Tabakarbeiter referierte. Er wies u. a. darauf hin, daß sich die Verwirklichung der geplanten steuerlichen Maßnahme auch für Oberschlesien bzw. Oppeln und Umgebung sehr schlimm auswirken müsse, da hier eine Anzahl kleinerer Betriebe beständen, die aller Voraussicht nach mit am schwersten betroffen würden. Allgemein genommen werde jedenfalls eine bedeutende Produktions Einschränkung eintreten, ohne daß die evtl. arbeitslos werdenden Tabakarbeiter Aussicht hätten, anderweitig Arbeit zu bekommen. Der Referent teilte in seinen weiteren Ausführungen mit, daß von der Organisationsleitung schon alles getan worden sei, um das Schlimmste verhüten zu helfen, er erwarte aber auch, daß sich die Tabakarbeiter selbst gegen die drohende Steuergefahr wehren. In der darauf folgenden Aussprache kam die Entrüstung über die Absichten der Reichsregierung laut zum Ausdruck und eine entsprechende Entschließung fand einstimmige Annahme. Kollege Baumhardt, der sich der Versammlung gleichzeitig als neuer Zahlstellenleiter vorstellte, referierte über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Es konnten für den Verband eine Anzahl Neuaufnahmen gebucht werden.

Am 20. November fand im Nachbarort Czarnowanz eine recht gut besuchte Versammlung mit den gleichen Themen statt. Auch hier fand die vorgelegte Entschließung einstimmige Annahme. Ebenfalls konnten hier eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht werden.

Brandenburg

Schwedt. In der Mitgliederversammlung vom 14. November wurde nach eingehender Aussprache über das geplante Tabak-Steuergesetz folgende Entschließung angenommen: Die stark besuchte Mitgliederversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Tabaksteuererhöhung, welche zu großer Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit führen muß. Angesichts der traurigen Verhältnisse der Tabakarbeiter können wir es nicht verstehen, daß jedesmal zur Deckung von Fehlbeträgen der Tabak herangezogen wird. Es ist direkt blödsinnig, wenn man auf einer Seite die Arbeitslosigkeit vermindern will und auf der anderen Seite durch rigorose Steuern die Arbeitsmöglichkeit im Tabakgewerbe völlig abschneidet. Wir ersuchen den Vorstand, alle Mittel, die ihm geboten sind, anzuwenden, um jede Erhöhung der Tabaksteuer abzuwehren.

Ein Winter der Not

Der erste Schnee ist gefallen, der Winter hat seinen Einzug gehalten. Damit beginnt eine Jahreszeit, der von Millionen Menschen sorgenvoll entgegengesehen wird. Trotz aller Not vermag sich ein jeder besser bei warmer Witterung durchzuhelfen, als wenn kalte Temperatur jede Außenarbeit unmöglich macht und die Menschen in geschlossene Räume verbannt. Der Winter wiederholt sich in jedem Jahr. In Zwischenräumen von zwölf Monaten tritt die gleiche Sorge an jeden heran. Dennoch muß diesem Winter mit besonderen Beforgnissen entgegengesehen werden. Die scharfe Wirtschaftskrise lähmt das gesamte Geschäftsleben. Sie macht es nicht nur den Arbeitssuchenden unmöglich, neue Arbeitsgelegenheit zu bekommen, sondern sie sorgt auch dafür, daß ungezählte Tausende ihre Beschäftigung verlieren. Und das ist es, was dem Winter 1930/31 seine Schrecken verleiht.

Die Zustände sind in fast allen Ländern Europas die gleichen. Trotzdem dürfte sich die schlechte Wirtschaftslage nirgends so scharf auswirken wie in Deutschland. Wer in der Nähe von Arbeitsämtern wohnt, kann jeden Tag einen stillen und unorganisierten Demonstrationenzug nach den Räumlichkeiten des Arbeitsnachweises beobachten. Tag um Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag, immer der gleiche hoffnungslose Gang, immer die gleiche Auskunft. Ein Gefühl der Nieder geschlagenheit und der Mutlosigkeit ist die Folge dieser immer sich wiederholenden Wege.

Was wollen die Massen, die immer wieder Tag für Tag den Gang zu den Arbeitsämtern antreten? Sie glauben das Recht auf Arbeit zu besitzen; sie bemühen sich ernsthaft, wieder in die Reihen der arbeitenden Bevölkerung eingegliedert zu werden; sie wollen ihren Lebensunterhalt auf Grund eigener Tätigkeit selbst verdienen, sich schützen gegen Hunger und Kälte und gegen das bleierne Gefühl, ein überflüssiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein. Welch ungeheurer volkswirtschaftlicher Wert liegt in den Millionen verborgen, die sich alltäglich um Arbeit bemühen, aber trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung finden können. Es sind des öfteren Berechnungen über den volkswirtschaftlichen Wert eines arbeitsfähigen Menschen angestellt worden. Die Schätzungen lauten von 14 000 bis 25 000 *M* im Durchschnitt. Selbst wenn wir die niedrigste Ziffer annehmen wollten, so bedeutet $3\frac{1}{4}$ Millionen Arbeitslose einen zahlenmäßigen Wert von rund 45 Milliarden Mark. Dieser volkswirtschaftliche Wert liegt brach, weil die kapitalistische

Wirtschaft allen seinen Bürgern keine nutzbringende Arbeit zu verschaffen vermag.

Wenn man die Statistik der Arbeitslosigkeit einer Durchsicht unterzieht, kommt man zu einer erschreckenden Feststellung. Nach der neuesten Berechnung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren Ende Oktober 1930 24,0 v. H. aller Gewerkschaftsmitglieder beschäftigungslos und 14,8 v. H. standen in Kurzarbeit. Mithin hatten beinahe 40 v. H. aller deutschen Arbeiter kein geregeltes Einkommen. Die Mehrzahl von ihnen lebt von Unterstützungen. Unter Umrechnung der Kurzarbeit auf Vollarbeitslosigkeit läßt sich die gesamte Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern für Ende Oktober auf 28,4 vom Hundert schätzen. Das ist der höchste Stand der Arbeitslosigkeit seit der Währungs umstellung. Einzelnen Branchen und Berufen geht es aber noch weit schlechter als dem Durchschnitt der Arbeiterschaft. Die Bauarbeiter aller Kategorien sind zu drei Viertel arbeitslos oder arbeiten verkürzt. Selbst in einer Industrie, die nicht vom Wetter abhängig ist, wie die Textilindustrie, gibt es Branchen, wie die Baumwollwebereien, wo die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 65 v. H. der Beschäftigten umfaßt. In den Jutespinnereien geht dieser Bombardement sogar bis auf 84 hinaus. Der Statistiker des ADGB. bemerkt zu diesen Feststellungen folgendes:

Sichere Anzeichen dafür, daß die Krise den Tiefstand bereits überschritten hat und die Arbeitslosigkeit nunmehr zurückgehen wird, liegen leider noch nicht vor. Vielmehr ist in diesem Winter noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen. Der Arbeitsmarkt kann bei dieser Lage nur durch Arbeitsstreckung, d. h. durch Verkürzung der Arbeitszeit der Beschäftigten, in fühlbarem Maße entlastet werden, wie dies der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert.

Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht auf ihrer Höhe angelangt, denn Ende Oktober gab es noch Möglichkeiten genug, Außenarbeiten zu verrichten. Des ferneren werden manche Industrien durch die Weihnachtsaufträge günstig beeinflusst. Im Januar und Februar wird die Arbeitslosigkeit so angestiegen sein, daß in Deutschland mit 4,5 Mill. Arbeitssuchenden gerechnet werden muß. Darunter werden viele sein, die infolge der verschlechterten Gesetze der Arbeitslosenversicherung keine oder nur eine geringe Unterstützung bekommen. Das Elend, welches dadurch entsteht, ist heute kaum vorzuzusehen. Kein Wunder mithin, daß die arbeitende Bevölkerung in Deutschland diesem Winter mit schrecklichen Vorausahnungen entgegenfieht.

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von India Ruedland

X X.

(Nachdruck verboten.)

Als Dr. Wallner einige Wochen vor dem Feste auf den Bergen bezüglich des Rades den Wunsch ausgesprochen hatte, daß es etwas ganz Apartes, Luxuriöses sein sollte, spitzte das Personal die Ohren, „wer das wohl bekam“?!

Und als die Sekretärin Dr. Wallners an frostfreien Tagen des Januar auf dem Rad übte, da mußten sie Bescheid. Bald darauf kuxierte unter ihnen das Gerücht, ihr Doktor Wallner würde Fräulein Linden heiraten. Wer es zuerst ausgesprochen, wußte niemand, es wurde kolportiert, also mußte wohl etwas Wahres daran sein. Eins stand fest: wenn diese Heirat zustande kam, so fand sie allseitigen Beifall. Man erwog bereits den Gedanken einer Hochzeitsgabe, die eine Gruppe schlug dies, die andere das vor — die, denen das Geschenk zugeordnet war, hatten sich noch nicht eingestanden, daß sie sich liebten, geschweige sich heiraten wollten —

*

Als Lore am Morgen nach jener inhaltsreichen Unterredung in das gemeinsame Arbeitszimmer trat, fand sie auf ihrem Schreibtisch ein duftendes Weilchen-Arrangement vor. Anfangs erschrak sie — sollte Rudolf —

In ihrem Gedankengange wurde sie unterbrochen durch Kurts Eintreten, der eine geradezu beängstigende Feierlichkeit zur Schau trug.

Mit einigen unwichtigen Fragen leitete Kurt das Gespräch ein, und sie stand Rede auf das, was er zu wissen wünschte. Eine Unruhe bemächtigte sich ihrer — und wie die Weilchen betäubend dufteten —

„Fräulein Linden“, klang es an ihr Ohr. — — „Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß ich mich für Sie interessiere, wärmer, wie es mir als Chef zusteht.“ Dabei war er auf sie zugegangen. Sie sah sein schönes braunes Auge zuversichtlich auf sich gerichtet, und die kleine Gestalt wuchs bei seinen beredten Worten, die nun folgten: „Ich kann nicht viel Worte machen, Fräulein Linden. Sie kennen mich darin wohl zur Genüge, und so frage ich Sie ohne Umschweife: Wollen Sie mein Weib werden?“ Er streckte ihr beide Hände entgegen.

Lore rührte sich nicht von der Stelle, schwer atmend stieß sie hervor: „Herr Doktor — Ihre Werbung ehrt mich — aber — es kommt mir so plötzlich — und dann — wie darf ich das Opfer annehmen —“

„Fräulein Linden — wer bringt wohl das größere Opfer? Sie sind jung, schön und gesund — was kann ich dagegen in die Waagschale werfen — ich — der Krüppel“, sagte er mit unerkennbarer Traurigkeit.

„Sie, der Mensch mit dem edlen großen Herzen voll Liebe und Güte, das sich der Elendesten erbarmt — das ist wohl — Herr Doktor — das Mitleid mit mir, mit meiner Vergangenheit —?“ frag Lore schein.

„Nennen Sie nicht Mitleid, was mir innerste Notwendigkeit ist, Lore — ich kann mir mein Leben und das, was die Menschen Glück nennen, nicht mehr denken ohne dich — Und wenn du mir nicht angehören willst, dann — dann mag ich nicht mehr sein — — dann werse ich das Leben von mir.“ —

Ist aber von dem schon jetzt angehäuften Maß von Not und Elend in den belebten Straßen der Großstädte etwas zu merken? Nicht im geringsten! Allgemein ist man jetzt in die Ballsaison eingetreten. Die besseren Balllokale der Großstädte sind auf Monate hinaus Tag für Tag besetzt. Zwar haben die Reichsregierung, die Regierung Preußens und andere öffentliche Körperschaften zu einer Einschränkung der Festlichkeiten geraten. Doch scheint bei vielen Leuten von Geldmangel noch keine Rede zu sein, denn sonst wären die Festlichkeiten nicht so überfüllt. In Berlin fand kürzlich im Sportpalast der erste Opernball statt, zu dem nicht weniger als 8000 Menschen erschienen waren. Von irgendeiner Not war dort nichts zu merken. Vom Filmball wird in der Presse berichtet, daß er ein Ereignis gewesen sei. In der Berichterstattung des „B. T.“ über diesen Ball heißt es u. a.:

Draußen, vor reservierten Logen zog das Volk, das sich den Luxus erlaubt hatte, 10 M für das stolze Bewußtsein zu geben, dabei gewesen zu sein, in endloser Promenade staunend vorbei, und die Prominenten ließen sich huldvoll bewundern; Photographen tückten, Kurbelkästen surrten, Mikrophone vibrierten, und fünf Kapellen machten Musik dazu. Es waren, wie gesagt, alle da, von A bis Z, Filmliebhaber, Filmgewaltige, bildschöne Frauen, fische Männer, die Kleider schleppten, die Fracks saßen nur so; eine Segappelparade mit Größen von gestern, heute und morgen, säuberlich an kleinen Tischen serviert.

Die ihre Nächte in Balllokalen verbringen, gehören zu einer anderen Schicht als diejenigen, welche täglich den Demonstrationen nach den Arbeitsnachweisen zurücklegen. Beide Sorten von Menschen gehören aber zu einer Nation. Berührungspunkte zwischen ihnen sind nicht vorhanden. Aber ihre verschiedene Lebensweise zeigt, daß in einer Nation in Wirklichkeit zwei Nationen beieinanderwohnen. Eine Volksregierung, die diesen Namen verdient, müßte versuchen, die Not und das Elend der einen Bevölkerungsschicht zu mildern, denn wie man die Sache auch betrachten mag, der Mangel an Existenzmitteln auf der einen Seite hat zur Voraussetzung, daß es der anderen Seite wesentlich besser geht. Ein altes englisches Sprichwort heißt: „Es treibt ein Volk des Uebels leichtes Spiel, wo Reichtum wuchs, da Menschenkraft zerfiel.“ Doch es nützt nichts der Regierung, den herrschenden Schichten Moral predigen zu wollen. Vielmehr ist es notwendig, die breiten Volksmassen zum Widerstand gegen ihre Verelendung aufzurufen. Wir befürchten, daß ein großer Teil des arbeitenden Volkes sich auf den Bahnen schlimmster Illusionen bewegt, wozu die letzten Wahlen einen deutlichen Beweis geliefert haben. Millionen haben vergessen oder es noch nicht begriffen, daß nur ernste Gewerkschaftsarbeit die Lage der Hand- und Kopfarbeiter so zu verbessern vermag, daß sie allen Vorkommnissen des Lebens, auch einem harten Winter, mit der größten Ruhe entgegensetzen können. Die Regierung und die herrschenden Schichten müssen aber zu einer energischen Nothilfe für die Opfer der Wirtschaftskrise aufgemuntert werden.

Die Erregung hatte Kurts Gesicht totenbleich gefärbt, die schmale Brust arbeitete in kurzen Stößen.

Erschrocken trat Lore zu ihm, seine Hand ergreifend, sagte sie in beschwörendem Tone: „So dürfen Sie nicht sprechen! Sie, der Sie so vieler Menschen Hoffnung und Anker sind — mit ihrem Leben sind zahllose Existenzen verknüpft. Nie dürfen Sie daran denken, es um einer Nichtigkeit willen von sich zu werfen.“

In seinen Zügen arbeitete es schmerzlich.

„Lore! Diese Nichtigkeit macht mein Leben aus. — Mich hungert nach Liebe, von der die anderen satt werden. Bisher bin ich leer ausgegangen. Ich will nicht entbehren“, sagte er leidenschaftlich.

„Sie haben sie nie entbehrt, Herr Doktor! Sie werden geliebt von allen, denen Sie geholfen haben. Sie finden in Ihrer Arbeit so reichen Trost“, sagte sie eindringlich.

„Arbeit allein reicht nicht aus. Sie führt über vieles hinweg — am Tage. Aber in der Stille der Nacht, wo es dunkel und einsam ist, wo die Seele sucht und tastet — dann fühle ich die Not meines Herzens wachsen, dann schreits in mir nach dem Menschen, der die Traurigkeit teilen und die Sehnsucht auslösen hilft. Diesen Satzungen sind wir alle unterworfen, alle! Und wenn wir gegen das Feuer ankämpfen, wenn wir glauben, uns gegen die Liebe verbarrikadieren zu können, etwa durch ein Lebenswerk, wie ich es in selbstherrlicher Verblendung unternahm, so fallen wir mit versengten Flügeln zurück, dann ist es öde und unwirksam in und um uns und wir gehen einsam und elend zugrunde.“

Lore hatte bei seinen Worten das Gesicht in den Händen geborgen, ihm war ihre Erregung entgangen. Nun bemerkte er sie und sie tat ihm leid. Er war wohl ein ungeschickter Werber. —

Aufruf zur Mithilfe!

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie erfordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die Erhaltung der Massenkaukraft treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden. Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmererschichten hat bereits eine empfindliche Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß wirksamer gestaltet werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs. In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen:

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigt hohen Lebenshaltungskosten! Stellt euch den Behörden zur Verfügung! Arbeitet zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher! Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht! Sichert euch gegen Ueberverteilung durch ständige Kontrolle der Preise von Läden zu Läden, von Stadt zu Stadt! Vergleicht die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelsspanne verringert wird! Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mitsamt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann! Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen! Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und umsichtige Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteiligt euch an dem großen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Befundung zu bereiten.

Berlin, den 22. November 1930.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Beamtenbund.

„Verzeihen Sie mir — ich wollte Sie nicht quälen“, sagte er leise zu ihr.

Sie litt unsagbar. Der Hymnus, den er soeben auf die Liebe angestimmt, fand vollen Widerhall in ihrem eigenen Denken und Fühlen, nicht eines seiner Worte hätte sie missen mögen. Der Inhalt deckte sich mit ihrem Empfinden — aber es galt nicht ihm — jenem anderen — trotz und alledem.

Wäre er nicht gekommen — der Gedanke, hier eine Heimat zu finden, hätte genügt, an seiner Seite zu leben, — die Liebe fand sich im Zusammenleben, — — — aber nun war der andere gekommen, auch er hatte ihr eine Heimat geboten — ohne gesetzliche Rechte zwar, aber die Liebe sollte in diesem Reichium walten — die Liebe, die beide Brüder in Uebereinstimmung als das höchste Erdengut priesen — — —

Sie fühlte, daß sie dem Mann da vor ihr, der mit starren, leeren Augen vor sich hinsah, eine Antwort geben mußte, — das war ihr in diesem Augenblick unmöglich.

Langsam, als müßte sie jedes Wort erst abwägen, sagte sie: „Herr Doktor — lassen Sie mir Zeit — fast dünkt mir das Opfer zu groß, das Sie bringen wollen — ich muß mich prüfen, damit Sie es nicht zu teuer erkaufen.“

Jäh wandte er sich um, ihre Worte erschreckten ihn, und mit leidenschaftlicher Dringlichkeit fragte er: „Wollen Sie damit sagen, daß Sie meine Liebe nicht erwidern können?“

Und wie in plötzlicher Erkenntnis der Wahrheit rief er: „Oder — steht ein anderer zwischen uns? — — — So reden Sie doch!“

Und da sie schwieg, geriet er in Aufregung: „Ich Tor, daß ich nicht früher darauf kam! — Sie sind vielleicht schon gar heimliche Braut und müssen hier die wahnwitzigen Liebesergüsse

Statistik der Arbeitskämpfe im Jahre 1929

Millionenwerte gehen jährlich durch Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) verloren. In 21 Ländern, über die dem Internationalen Arbeitsamt Zahlen verfügbar waren, betrug die Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage in den betroffenen Betrieben im Jahre 1927 ungefähr 60 Millionen Tage. Sie belief sich im Jahre 1928 auf 100 Millionen Tage.

Das Internationale Arbeitsamt machte in dem sechsten erschienenen Oktober-Fest der Internationalen Rundschau der Arbeit zum ersten Male den Versuch, eine internationale Statistik der Arbeitskämpfe zu veröffentlichen. Dabei ergab sich schon von vornherein die Schwierigkeit, die heute jeder internationalen Statistik begegnet, daß die dem Internationalen Arbeitsamt aus den einzelnen Ländern gelieferten statistischen Unterlagen in diesem Falle über die Arbeitskämpfe, an sich nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Das Internationale Arbeitsamt ist daher auch auf diesem Gebiete bestrebt, eine internationale Vereinheitlichung der statistischen Methoden herbeizuführen, die in einem Bericht an die 3. Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker im Jahre 1926 niedergelegt sind.

Im allgemeinen gelangt nicht jeder Arbeitskämpf zur Kenntnis der statistischen Behörden. Die Vollständigkeit der Statistiken ist daher von der Wirksamkeit und Vollständigkeit der für die Meldung der Arbeitskämpfe angewandten Verfahren abhängig. In vielen Ländern sind kleine Arbeitskämpfe ausdrücklich ausgeschlossen. Gelegentlich wird auch eine Unterscheidung zwischen Streiks und Aussperrungen gemacht. Von den 36 in den Uebersichten des Internationalen Arbeitsamts angeführten Ländern

machen nur 12 Länder diese Unterscheidung. Sie beruht auf der Auffassung von der Verantwortlichkeit. Häufig bestehen auch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob ein Arbeitskämpf ein Streik oder eine Aussperrung ist. Sehr oft hat der Arbeitskämpf auch einen doppelseitigen Charakter. Aus diesen Gründen haben bestimmte Länder es absichtlich für ratsam gehalten, in der Statistik eine Unterscheidung zwischen Streik und Aussperrung nicht zu machen.

Untenstehende Uebersicht zeigt die Zahl der Arbeitskämpfe, soweit möglich getrennt nach Streiks und Aussperrungen in einer Reihe wichtiger Länder für das Jahr 1929, unter Angabe der verlorenen Arbeitstage.

Das Endergebnis der Statistik soll sein, die Zahl der verlorenen Arbeitstage zu ermitteln. Sie wird im allgemeinen nach der Zahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer des Arbeitskämpfes geschätzt. Auch dabei werden in den einzelnen Ländern verschiedene Methoden angewandt, um auch die verschieden große Zahl der zu verschiedenen Zeitpunkten am Arbeitskämpf beteiligten Arbeiter zu berücksichtigen. Ferner sucht man zu berücksichtigen, daß ein Arbeitskämpf, der sich auf mehrere Betriebe erstreckt, zu verschiedenen Zeitpunkten enden kann, so wie die Tatsache, daß auch einige Arbeiter während des Streiks in Betrieben, die am Arbeitskämpf nicht beteiligt sind, Arbeit finden und daß einige frei gewordene Arbeitsstellen von anderen Arbeitern eingenommen werden. Diese Zahlen können im ganzen genommen jedoch nur als eine annähernde Schätzung der verlorenen Arbeitstage betrachtet werden.

Land	Streiks			Aussperrungen			Arbeitskämpfe überhaupt		
	Anzahl	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage	Anzahl	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage	Anzahl	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage
Deutschland	438	149 866	8 812 289	20	83 798	2 637 500	254	92 527	4 671 795
Australien	—	—	—	—	—	—	226	30 446	388 336
Oesterreich	226	30 446	388 336	—	—	—	—	—	—
Belgien	165	45 773	799 117	3	3 463	—	—	—	799 117
Kanada	—	—	—	—	—	—	90	12 924	154 936
Estland	15	1 439	4 386	—	—	—	—	—	—
Dänemark	—	—	—	—	—	—	22	1 040	41 283
Benelux Staaten	—	—	—	—	—	—	903	230 463	9 975 213
Finnland	—	—	—	—	—	—	26	2 443	74 887
Großbritannien und Nordirland	—	—	—	—	—	—	420	532 500	8 280 000
Freistaat Irland	—	—	—	—	—	—	53	4 533	101 397
Ungarn	63	25 389	15 065	—	—	—	63	25 389	15 065
Niederlande	217	15 700	612 000	—	—	—	217	15 700	612 000
Norwegen	—	—	—	—	—	—	73	4 796	196 704
Neuseeland	—	—	—	—	—	—	49	7 831	26 808
Schweiz	37	4 644	99 211	2	17	397	—	—	—

Strich (—) bedeutet, daß Zahlen noch nicht eingegangen

Ihres Prinzipals anhören, weil Sie in seinem Lohn und Brot stehen!" In schneidendem Hohn hatte er gesprochen. Plötzlich befann er sich auf sich selbst.

Lore stand regungslos zur Bildsäule erstarrt, sie wollte reden, ihr Mund versagte, ihre Hände hätte sie ihm entgegenstrecken mögen, schlief hingen ihr die Arme am Körper herab. Wie Kutenhiebe trafen sie seine Worte.

Jetzt war er ruhig wie sonst, nur in seiner Stimme lag ein harter Mißklang, als er sagte: „Verzeihen Sie, Fräulein Linden, ich werde Sie nicht wieder belästigen — für heute benötige ich Ihre Dienste nicht mehr.“ — Mit einer entlassenden Handbewegung setzte er sich an seinen Schreibtisch und erbrach die Postfächer, als ob nichts vorgefallen war. Lore hätte in diesem Augenblick Jahre ihres Lebens gegeben, ihm nur ein einziges Wort sagen zu können, ein Wort, das verhöhnte — es war ihr unmöglich — stumm ging sie hinaus.

Als sie gegangen war, lehnte er sich müde zurück, die Hände zitterten und vermochten kaum das leichte Dolchmesser zu halten, mit dem er die Briefe zu öffnen pflegte.

Trotz mannigfacher Arbeiten und Pflichten, die Rudolf auf Wehrstedt erwarteten und denen er anfangs auch mit Eifer oblag, dauerte es nicht lange und der alte Adam war wieder in seinem ursprünglichen Fahrwasser.

Er hatte sich in der nahen Stadt „der Bequemlichkeit“ halber, wie er sich ausdrückte, bereits wieder eine Wohnung gemietet, in der es oft toll herging.

Auf der anderen Hälfte der Etage wohnten zwei einzelne Damen, denen das Treiben ein Dorn im Auge war.

Wiederholt interpellierten sie den Wirt des Grundstücks ob der Greuel, dieser versprach stets mit empörter Miene Abhilfe, doch blieb alles beim Alten. Denn der Hausbesitzer war angefixt der Baumut der letzten Jahre und der damit geschaffenen Mieter-Kalamität nicht auf Rosen gebettet und hatte sich mit sicherer Taxe die Wohnung des vornehmen Herrn Wallner um 400 Mark höher bewertet, was dieser in Anbetracht der „Sturmfreiheit“ nicht zu teuer fand.

So verging eine Woche nach der andern, die einzige Sorge seiner Tage bildete Lore.

Denn durch eine Heirat seines Bruders wäre er bei dessen Tode, auf den er unfehlbar als vor dem seinen stattfindend rechnete, als Erbe ins Hintertreffen gekommen, indem die Witwe Universalerin wurde. Daß er daher diese Heirat mit allen Mitteln hindertreiben mußte, stand für ihn fest. Er mußte sehen, Lore so bald als möglich in seine Hände zu bekommen. Eines teils dünkte ihm dies nicht allzu schwer. Er war kürzlich Zeuge gewesen, wie Kurt dem Mädchen die Leviten gelesen hatte wegen eines Versehens, wie ein Schulmädchen hatte er sie abgekanzelt.

Sie tat ihm leid, gleichwohl empfand er eine gewisse Schadenfreude dabei. Daß dies das sicherste Mittel war, um Lores Gefühle für ihren Chef abzukühlen, schien Kurt in seiner Kurzsichtigkeit und Unerfahrenheit in Liebesangelegenheiten zu übersehen. Um so willfähriger würde er sie finden. Freilich war es schwer, ihr beizukommen. Briefliche Verständigung war fast unmöglich, da sie im Hause wohnte und sämtliche Postfächer durch Kurts Hände gingen.

Und einem Boten sich auf Gnade und Ungnade ergeben, hatte er nicht Lust. Indes war der Wunsch, sie zu sehen und womög-

Gesunde Küche im Dezember

Im Weihnachtsmonat ist die Hausfrau auch in der Küche vor schwere Aufgaben und Ausgaben gestellt. Gern möchte sie sparen, aber wie? Das Gemüse ist teuer, ebenso Eier und Fleisch, und billiges Obst gibt es gleichfalls fast gar nicht mehr. Da heißt es eben sich anpassen! Im Winter verlangt unser Körper wie unsere Wohnung vor allem nach Wärme. Den besten und ausgiebigsten Körperheißstoff geben die Fette ab: Butter, Margarine, Speck, Schmalz und Del. Diese soll man daher in der Dezemberküche ein wenig mehr in den Vordergrund der Ernährung treten lassen. Weitere fetthaltige Nahrungsmittel sind die verschiedenen Käsesorten und geräucherter Fische, wie Büding, Flunder usw. Sehr fettreich sind Nüsse, deren Genuß vor allem magengefunden Menschen gerade in der Weihnachtszeit besonders empfohlen werden kann. So enthalten Wal- und Haselnüsse, im Gegensatz zum übrigen Obst, wenig Wasser, aber ca. 50 Prozent Fett und etwa 30 Prozent Eiweiß. Vielseitig ist auch die Verwendbarkeit der Nüsse, die man z. B. gerieben auf Butterbrot streichen kann. Auch die Vermengung geriebener Nüsse mit Apfelmehl oder mit Parmesankäse ist nahrhaft und schmackhaft. In geriebener Form werden Nüsse auch von Magenkranken gut vertragen.

Im Dezember sind aus Ersparnisgründen auch die verschiedenen Konserven sehr beliebt. Sie können bis zu einem gewissen Grade frisches Obst, Gemüse und Fleisch ersetzen, doch achtet man zur Vermeidung von Gesundheitsstörungen auf tadellose Beschaffenheit. Auftreibungen an den Dosen, unangenehmer Geruch oder Geschmack sind Zeichen von Verderbnis. Solche Konserven sind unbedingt vom Genuß auszuschließen. Natürlich darf niemals die Ernährung eine einseitige Konservennahrung werden. Da bei der Konservierung die Vitamine der Nahrungsmittel fast völlig zugrunde gehen, können in solchen Fällen Mangelkrankheiten, vor allem Scorbut, entstehen. Die Vitaminarmut der Dezemberkost läßt sich indessen leicht ausgleichen durch den Genuß von Äpfeln, Apfelsinen, Mandarinen und Zitronen, die uns ja in dieser Zeit zu wohlfeilsten Preisen zur Verfügung stehen. Ebenso gehören hierher die auf kaltem Wege hergestellten Obst- und Fruchtäfte. Schließlich ist auch die für den Weihnachtsstollen verwandte Hefe ein Vitaminträger.

Die Weihnachtstage selbst veranlassen uns meist, Speisen und Getränke in reichlichen, oft zu reichlichen Mengen zu genießen. Solche Festesfreude kann und will auch der Arzt nicht stören, allein wer sich die schönen Tage nicht verderben will, dem sei zur Mäßigkeit geraten. Darum eßt nicht zuviel durcheinander und gebt besonders den Kindern nicht zuviel Süßigkeiten zwischen den Mahlzeiten! Förderlich für Verdauung und Gesundheit ist auch ein kleiner Feiertags-Spaziergang. Damit wünscht euch allen, liebe Leserinnen, wenn auch etwas verfrüht, „fröhliche Weihnachten und gesunde Feiertage“. Dr. C. R.

lich zu sprechen, die Triebfeder seiner häufigen Besuche in Ramsdorf, über die sich seine Mutter immer unbändig freute. Aber bis jetzt war es ihm noch nicht wieder geglückt, Lorens habhaft zu werden.

Natürlich hinderte ihn dieser Umstand nicht, anderweit Umschau unter den Töchtern des Landes zu halten, wobei er sorgfältig die Spreu vom Weizen scheidet.

So hatte er unlängst bei einem Streifgang durch sein Holz die junge Tochter des Waldwärters Klaus allein in der elenden Bude angetroffen, die den beiden als Wohnung diente, wofür sie jährlich 12 Taler Miete zu entrichten hatten.

Als Herr und Gebieter hatte er das Recht, jeden Winkel in Augenschein zu nehmen. Und da hier gar vieles verbesserungsbedürftig war, stand er nicht an, Vorkehrungen zu treffen, die halbverfallene Bude wieder wohnlich und menschenwürdig zu machen. Natürlich auf Rechnung und Kosten der Tugend des naiven, unerdorbenen Waldkinds. Denn als alles in Ordnung war, erschien er und forderte seinen Tribut.

Anfangs sträubte sich Lene. Sie hatte einen Schatz, der draußen in den Reichslanden diente. Diesen Herbst kam er wieder, erzählte sie ihm, während er die knospenhafte Unberührtheit ihres jugendlich gestrafften Körpers mit begehrliehen Blicken betastete.

Unmerklich schlang er seine Fäden um das unerfahrene Mädchen, bis es eines Tages an der Zeit war, das Netz zuzuziehen.

Und diesmal kühlte sich seine Leidenschaft nicht ab, es war keine Eintagsneigung, er entflamte von Tag zu Tag heftiger. Infolgedessen störte ihn der Umstand, daß die Waldhütte so weit draußen lag, wo sich selbst die Füchse Gute Nacht sagten.

Wirtschaftsräte in einzelnen Ländern

In der revolutionären Welle, die unmittelbar nach dem Kriege über Europa ging, spielte der Rätegedanke eine große Rolle. In Deutschland sollte, gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung, eine Art Räteorganisation aufgebaut werden, an deren Spitze der Reichswirtschaftsrat gedacht war. Doch ist hiervon weder der Unterbau vorgenommen, noch ist die Spitzenorganisation in ihrer endgültigen Gestalt gebildet worden. Noch immer besteht der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der sich aus Vertretern der Unternehmer, ferner der Gewerkschaften und der sog. Wissenschaftler oder Behördenbeauftragten zusammensetzt.

Auch in anderen Ländern hat sich in der Nachkriegszeit der Gedanke Bahn gebrochen, Wirtschaftsräte zu bilden. So wurde in England ein Wirtschaftsbeirat (Economic Advisory Council) durch Erlass der Regierung ins Leben gerufen. Zweck desselben ist die Beratung der Regierung in Wirtschaftsangelegenheiten, Studium des Handels und der Industrie usw. Der englische Wirtschaftsrat hat weiter die Aufgabe, alle Fragen der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik, insbesondere die Steuerpolitik, daheim und im Auslande zu prüfen. Der Vorsitzende desselben ist der englische Premierminister. Der englische Wirtschaftsrat wird aus Vertretern der Wirtschaft, der Regierung, der Wissenschaft und der Arbeiterschaft gebildet. Schon einige Jahre besteht der französische Staatswirtschaftsrat (Conseil National Economique), der sich aus 47 Mitgliedern zusammensetzt. Von den verschiedensten Industrie- und Gewerbegruppen, der Ministerien und der Arbeiterschaft werden Vertreter entsandt. Der Aufgabenkreis des französischen Staatswirtschaftsrates besteht in der Beratung der Regierung und des Parlaments in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Alle Gesetzesentwürfe wirtschaftlicher Natur werden nach Einbringung im Parlament dem Staatswirtschaftsrat zur Kenntnis vorgelegt. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine Einrichtung geschaffen worden, die dem englischen Wirtschaftsbeirat gleicht. Jedoch handelt es sich hier nicht um eine ständige Organisation, sondern um eine solche, die mehr zur Behebung eines vorübergehenden Kostandes gedacht ist. Neuerdings ist auch in Belgien ein Oberster Wirtschaftsrat gebildet worden, der der Regierung in wirtschaftlichen Angelegenheiten zur Seite stehen soll.

So setzt sich in den meisten Industrieländern der Gedanke durch, neben dem Parlament eine Körperschaft zu bilden, die dem Studium zur Vorbereitung von Gesetzesentwürfen in wirtschaftlichen Fragen dienen soll. Die Gewerkschaften haben in diesen Wirtschaftsräten einen bestimmten Einfluß, dessen Höhe sich nach der Bedeutung richtet, den die Gewerkschaftsbewegung in jedem Lande zu erringen wußte.

Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband!

Es fiel ihm nicht schwer, dem alten Klaus plausibel zu machen, daß die Lene hier unter Beckköhlern und Holzknechten verkümmern und verrotten wußte. Und da dieser aus seiner Einzigen gern etwas Besseres als ein Aschenputtel gemacht hätte, bisher aber nicht wußte, an welchem Ende das anzufangen war, so stimmte er in verblendeter Vaterliebe den Plänen seines Herrn zu, nach denen ihm dieser versprach, die Lene in irgendeinem Fach auszubilden zu lassen.

Die Veränderung wurde Hals über Kopf betrieben. Lene zog mit Sach und Seele in die Stadt und fand sich dort so merkwürdig schnell in die neuen Verhältnisse, daß selbst Rudolf über die Metamorphose in Staunen geriet.

Er hatte ihr eine kleine Wohnung gemietet und möbliert, in den ersten acht Tagen ging er täglich mit ihr aus, um Einkäufe zu machen, da ihr Trousseau mehr wie bescheiden war. Mit raffiniertem Geschmack wählte sie immer gerade die Gegenstände, die Rudolf an die äußerste Grenze seines Ausgabeetats setzte.

So war über Nacht aus dem Entlein ein Schwan geworden, dessen blühender Frische er sich nirgend zu schämen brauchte. Als aber dieser Schwan begann, anspruchsvoll zu werden und mit Rücksicht auf sein weißes Gefieder ein Dienstmädchen verlangte, kühlte sich sein Feuer bedenklich ab. Darin hatte er nun einmal seine Eigenheit. Er gab, was er für gut befand, konnte jedoch außer sich geraten, wenn jemand Ansprüche an ihn stellte.

In seinen Kreisen kannte man seine Schwäche und respektierte sie, Lene Klaus kam erst dahinter, als es für sie zu spät war. — — —

*

(Fortsetzung folgt)